

## **Pressespiegel zum Internationalen Holocaust-Gedenktag 2007 in Lüdenscheid**

22. – 30.01.2007

**22.01.2007 / LOKALAUSGABE /WR LUEDENSCHIED**

### **"Ge-Denk-Zellen" für das Alte Rathaus**

Lüdenscheid. Die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Arbeitskreis Lüdenscheid, lädt für kommenden Samstag, 27. Januar, um 15.30 Uhr in den "Kleinen Prinzen" ein. Thema der Nachmittagsrunde ist die mögliche Realisierung von "Ge-Denk-Zellen" in den ehemaligen Haftzellen im Alten Rathaus Lüdenscheid. "Angesichts der gesellschaftlichen Vielfalt und antidemokratischen Strömungen heute halten wir die Einrichtung der Erinnerungs- und Dokumentationsstellen in den alten Polizeizellen für eine wichtige gesellschaftliche Bildungsaufgabe in unserer Stadt", erklärt Hella Goldbach, Sprecherin des Lüdenscheider Arbeitskreises.

Ähnlich wie in anderen Städten, insbesondere in Herford, könnten in den alten Haftzellen im Keller des ehemaligen Lüdenscheider Rathauses Ursachen und Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Lüdenscheid anschaulich und informativ dokumentiert werden. "Das Wissen vom demokratischen und menschlichen Versagen und das unendliche Leid der Opfer verpflichten uns, durch Dokumentationen und Informationen über das damalige Scheitern ein Scheitern in einer heutigen oder zukünftigen Krise zu verhindern", so Goldbach weiter. Ein Teil des Elends sei bereits in dem "Lüdenscheider Gedenkbuch für die Opfer von Verfolgung und Krieg der Nationalsozialisten" dokumentiert. Das sei jedoch abstrakt und nüchtern und könne die Erfahrungen, die in einer Ausstellung am authentischen Ort der damaligen Haftzellen gewonnen werden können, nicht ersetzen. Auch Stolper- und Gedenksteine könnten das nicht annähernd und so umfassend leisten. Alle Interessierten werden zu einer Besprechung über die Möglichkeiten einer Realisierung des Vorhabens eingeladen.

Im Rahmen dieser Veranstaltung spricht um 17.15 Uhr Professor Dr. Alfons Kenkmann von der Uni Leipzig in der Stadtbücherei Lüdenscheid über "Aus der Geschichte lernen? Die Naherinnerung an die NS-Herrschaft zwischen Ritual und öffentlicher Verantwortung".

Vorher, um 17 Uhr, erfolgt vor der Gedenktafel für die ermordeten Juden an der Rückseite der Lüdenscheider Stadtbücherei eine kurze Totenehrung.

**23.01.2007 / LOKALAUSGABE /WR LUEDENSCHIED**

### **"Ge-Denk-Zellen" für das Alte Rathaus der Kreisstadt**

Lüdenscheid. Die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Arbeitskreis Lüdenscheid, lädt für kommenden Samstag, 27. Januar, um 15.30 Uhr in den "Kleinen Prinzen" ein. Thema der Nachmittagsrunde ist die mögliche Realisierung von "Ge-Denk-Zellen" in den ehemaligen Haftzellen im Alten Rathaus Lüdenscheid.

"Angesichts der gesellschaftlichen Vielfalt und antidemokratischen Strömungen heute halten wir die Einrichtung der Erinnerungs- und Dokumentationsstellen in den alten Polizeizellen für eine wichtige gesellschaftliche Bildungsaufgabe in unserer Stadt", erklärt Hella Goldbach, Sprecherin des Lüdenscheider Arbeitskreises.

Ähnlich wie in anderen Städten, insbesondere in Herford, könnten in den alten Haftzellen im Keller des ehemaligen Lüdenscheider Rathauses Ursachen und Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Lüdenscheid anschaulich und informativ dokumentiert werden. "Das Wissen vom demokratischen und menschlichen Versagen und das unendliche Leid der Opfer verpflichten uns, durch Dokumentationen und Informationen über das damalige Scheitern ein Scheitern in einer heutigen oder zukünftigen Krise zu verhindern", so Goldbach weiter. Ein Teil des Elends sei bereits in dem "Lüdenscheider Gedenkbuch für die Opfer von Verfolgung und Krieg der Nationalsozialisten" dokumentiert. Das sei jedoch abstrakt und nüchtern und könne authentische Erfahrungen nicht ersetzen.

## **Ge-Denk-Zellen" entzweien die Geister**

Lüdenscheid. Die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Arbeitskreis Lüdenscheid, lädt am heutigen Samstag, 27. Januar, um 15.30 Uhr in die Begegnungsstätte "Der Klein Prinz" ein. Thema der Nachmittagsrunde ist die mögliche Realisierung von "Ge-Denk-Zellen" in den ehemaligen Haftzellen im Alten Rathaus Lüdenscheid (WR berichtete). Der Heimat- und Geschichtsverein Lüdenscheid hat sich inzwischen auch mit den "Ge-Denk-Zellen" auseinandergesetzt und sich in einer Stellungnahme für den Kreisheimatbund dazu geäußert. Hartmut Waldminghaus vom Heimatverein schreibt an den Vorsitzenden des Kreisheimatbundes:

"Sehr geehrter Herr Rolland, Sie haben aufgrund einer Anfrage von Herrn Dieter Saal, der den Kreisheimatbund um Unterstützung bei der Einrichtung einer Gedenkstätte in den ehemaligen Arrestzellen im Alten Rathaus in Lüdenscheid bittet, um eine Stellungnahme des Geschichts- und Heimatvereins Lüdenscheid als des zuständigen Ortsvereins gebeten. Wir haben das Anliegen in unserer letzten Vorstandssitzung erörtert.

Wie nicht anders zu erwarten, gibt es dazu unterschiedliche Meinungen. Während es die einen für unhistorisch und dem gewünschten Ergebnis entgegenwirkend halten, in den ehemaligen Arrest- und Ausnüchterungszellen, in denen einst Gauner und Trunkenbolde untergebracht wurden und die vermutlich nur in wenigen Fällen als Haftzellen während der NS-Zeit gedient haben, eine Dokumentations- und Gedenkstätte an die Opfer des Nationalsozialismus einzurichten, sprechen die anderen den Kellerräumen im Alten Rathaus eine gewisse Authentizität nicht ab, mit der vor Ort an die Schrecken der NS-Herrschaft erinnert werden soll, und halten das Vorhaben für grundsätzlich unterstützenswert.

Gemeinsam betrachten wir die Errichtung von Gedenkstätten an die Opfer des Nationalsozialismus als ein alle demokratischen Parteien vereinigendes Anliegen. Diese Voraussetzung ist bei den sehr kontroversen Meinungen offenkundig für die Kellerräume im Alten Rathaus nicht gegeben.

Eine Dokumentations- und Gedenkstätte an die Zeit des Nationalsozialismus in Lüdenscheid ist der Sache nach als Teil des Geschichtsmuseums anzusehen und muss schon allein aus organisatorischen Gründen dort angebunden werden.

Wir empfehlen deshalb, diese Frage im Rahmen der vorgesehenen Neukonzeption der ständigen Ausstellung der Stadtmuseen durch den Rat der Stadt Lüdenscheid zu klären.

Da die Umsetzung der gesamten Neukonzeption aufgrund der finanziellen Situation der Stadt zur Zeit fraglich ist und um die Einrichtung einer Dokumentations- und Gedenkstätte nicht auf die ferne Zukunft zu verschieben, könnte sie als Teil einer Gesamtkonzeption zeitlich durchaus vorgezogen werden. Der Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid würde sich jedenfalls dafür aussprechen.

Von Interesse dürfte in diesem Zusammenhang die Information sein, dass das Lüdenscheider Bündnis für Toleranz und Zivilcourage, das dem Anliegen zunächst wohlwollend gegenüber stand, nach Auskunft seines Vorsitzenden, Herrn Superintendent Klaus Majoress, den Gedanken der Einrichtung einer Dokumentations- und Gedenkstätte in den Kellerräumen des Alten Rathauses nicht weiterverfolgt."

**gemeldet am 27. Januar 2007 um 09:03 Uhr Radio MK**

## **"Gedenk-Zellen" für Lüdenscheid**

Der Arbeitskreis Lüdenscheid der Gesellschaft Lüdenscheid für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Hagen und Umgebung möchte in Lüdenscheid sogenannte "Gedenk-Zellen" einrichten. Mit diesen Gedenkzellen will der Arbeitskreis an nationalsozialistische Verbrechen und Mitläufertum in Lüdenscheid erinnern. Zielgruppe seien vor allem Jugendliche, Schulklassen und alle anderen Lüdenscheider Bürger. In der Ausstellung könnte es zum Beispiel um das Schicksal jüdischer Lüdenscheider, Zwangsarbeiter, Euthanasieopfer, Zwangssterilisierte, oder Flüchtlinge gehen. Aber auch die Arbeit von Polizei, Finanzamt, Standesamt, Schulen, Krankenhäuser und anderer öffentlicher Einrichtungen in der Nazizeit soll dargestellt werden. Am Nachmittag (27.01) soll ab 15 Uhr 30 im „Kleinen Prinzen“ in Lüdenscheid ein Treffen zu diesem Thema stattfinden, danach soll dort auch ein Professor der Universität Leipzig einen Vortrag halten. Sein Thema: Aus der Geschichte lernen

## **Gedenkstätte soll lieber ins Museum Geschichts- und Heimatverein ist gegen eine "Ge-Denk-Zelle" im Alten Rathaus**

LÜDENSCHIED · Eine Dokumentations- und Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus sollte ins Museum, nicht an einen separaten Standort im Alten Rathaus. Der Geschichts- und Heimatverein ist gegen den Vorschlag, eine "Ge-Denk-Zelle" in den Kellerräumen zu errichten. Diese Idee hatte der Arbeitskreis für christlich-jüdische Zusammenarbeit entworfen und auch dem Kreisheimatbund vorgelegt. Der wiederum interessierte sich für den Standpunkt des Lüdenscheider Geschichts- und Heimatvereins.

In dessen Vorstand gibt es unterschiedliche Meinungen, wie Vorsitzender Hartmut Waldminghaus erläutert: Die einen halten die Einrichtung einer "Ge-Denk-Zelle" für "unhistorisch und dem gewünschten Ergebnis entgegenwirkend". Die ehemaligen Arrest- und Ausnüchterungszellen, "in denen einst Gauner und Trunkenbolde untergebracht wurden, dienten vermutlich nur in wenigen Fällen als Haftzellen während der NS-Zeit." Doch in Vorstandskreisen gebe es auch eine andere Meinung: Manche "sprechen den Kellerräumen eine gewisse Authentizität nicht ab und halten das Vorhaben für grundsätzlich unterstützenswert."

Waldminghaus bemüht sich eins zu unterstreichen: "Gemeinsam betrachten wir die Einrichtung von Gedenkstätten an die Opfer des Nationalsozialismus als ein alle demokratischen Parteien vereinigendes Anliegen." Nur müsste genau die "der Sache nach" im städtischen Museum anzusiedeln sein - "allein schon aus organisatorischen Gründen."

Der Geschichts- und Heimatverein erneuert also seine Forderung, "diese Frage im Rahmen der vorgesehenen Neukonzeption der ständigen Ausstellung der Stadtmuseen durch den Rat zu klären." Dessen komplette Umsetzung sei bei der aktuellen Finanzlage der Stadt zwar fraglich. Doch die Einrichtung einer Dokumentations- und Gedenkstätte könnte "als Teil einer Gesamtkonzeption durchaus vorgezogen werden".

Der Geschichts- und Heimatverein verweist den Kreis ferner darauf, dass das Lüdenscheider Bündnis für Toleranz und Zivilcourage "dem Anliegen zunächst wohlwollend gegenüberstand", dann aber doch von der "Ge-Denk-Zelle" Abstand genommen habe. Das sei zumindest die Auskunft des Bündnis-Vorsitzenden, des evangelischen Superintendenten Klaus Majoreß, gewesen.

Der Urheber der "Ge-Denk-Zellen"-Idee, der Arbeitskreis für christlich-jüdische Zusammenarbeit, trifft sich heute um 15.30 Uhr im "Kleinen Prinzen", Luisenstraße 15, um seine Pläne genauer vorzustellen. Vorsitzende Hella Goldbach unterstrich in der Einladung: Stolper- oder Gedenksteine könnten nicht annähernd so viel leisten wie die "Einrichtung von Erinnerungs- und Dokumentationsstellen in den alten Polizeizellen." Dort sollten jährlich wechselnde Ausstellungen gezeigt werden - zu jüdischen Lüdenscheidern in der NS-Zeit, Zwangsarbeitern, Flüchtlingen, Gefallenen oder politisch Verfolgten. Für die Finanzierung sollte ein Förderverein sorgen. · bja

## Geschichte erleben statt "erleiden"



An der Gedenktafel an der Stadtbücherei gedachten Bürger auf Einladung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit der Opfer nicht nur des Nazi-Regimes. Die Vermittlung von Geschichte dürfe nicht zum Ritual erstarren, mahnte als Gastredner Prof. Dr. Alfons Kenkmann. (WR-Bilder: ber)

Lüdenschied. (ber) An der Gedenktafel für die ermordeten Juden in der NS-Zeit an der Rückseite der Stadtbücherei fand am Samstagnachmittag eine Totenehrung statt. Hella Goldbach vom Arbeitskreis Lüdenschied der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Hagen und Umgebung und Bürgermeister Dieter Dzewas erinnerten an den 27. Januar 1945.

An diesem geschichtsträchtigen Datum befreiten russische Truppen das Konzentrationslager Auschwitz. Der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog führte diesen Gedenktag ein, um nicht zu verdrängen und vergessen zu lassen, dass Menschen auch heute noch aus rassistischen Gründen morden und aus oft verschleierte nationalen Interessen Kriege führen. "Wir haben eine besondere Verantwortung, unsere Augen für mögliche nachfolgende Situationen offen zu haben, um nicht zu spät zu handeln", betonte Dieter Dzewas.

Nachdem Hella Goldbach den Strauß niedergelegt hatte, lud sie die Interessierten in die Stadtbücherei ein. Professor Dr. Alfons Kenkmann von der Universität Leipzig sprach über das Thema "Aus der Geschichte lernen? Die Naheerinnerung an die NS-Herrschaft zwischen Ritual und öffentlicher Verantwortung". Dabei ging der Kenkmann besonders auf Inhalte und Methoden im Geschichtsunterricht ein und mahnte: "Die NS-Vergangenheit nimmt zwar einen breiten Raum in der Schule ein, doch entsteht dadurch auch das Risiko der banalisierenden Häufigkeit".

Doch Ermüdungserscheinungen sind auch im privaten Bereich zu finden. "Diese Ermüdungserscheinungen liegen auch in der Qualität der Vermittlung begründet". Geschichtsbücher zeigen die deutsch-jüdische Geschichte häufig zu einseitig. Durch die Konzentration auf die Geschehnisse während der NS-Zeit würden positive Aspekte ausgeblendet und somit das Bild verzerrt. Auch die konkrete Unterrichtspraxis könne verbessert werden. "Häufig empfinden die Schüler eher, Geschichte erleiden zu müssen, als Geschichte zu erleben." Selbst Besuche historischer Ausstellungen erfahren die Schüler bei falscher Heranführung der Lehrer als langweilig.

"Wie soll es weitergehen?", fragte Kenkmann am Samstag. Zum einen müsse man visuelle und audiovisuelle Quellen, "vergangenes Hören und Sehen", besser nutzen. **Als Vorsitzender des Arbeitskreises NS-Gedenkstätten NRW e.V. begrüßte er das Vorhaben, die Zellen des Alten Rathauses in eine Gedenkstätte umzuwandeln. "Eine Gedenkstätte ist ein guter außerschulischer Lernort, um schwierige Themen an den Adressaten zu bringen". Lokale und regionalgeschichtliche Spurensuche sei eine gute Möglichkeit für forschendes und entdeckendes Lernen, das Erfolgserlebnisse verspricht. "Solche Erfolgserlebnisse regen zur weiteren Beschäftigung mit der Geschichte an."** Diese Methode erfordere ein größeres Zeitbudget, sodass man den 45-Minuten-Takt aufbrechen müsse. "Man muss mit dem Risiko leben, dass nach diesem Modell nicht alle Inhalte lehrplankonform sind, wenn man spannenden Geschichtsunterricht gestalten möchte."

Im privaten und schulischen Bereich sei die vermittelnde Persönlichkeit ausschlaggebend, die dem Zuhörer die NS-Zeit näher bringen soll. Gerade Historiker und Menschen mit reflektiertem Geschichtsbewusstsein stehen in der Verantwortung die Kommunikation mit Nichthistorikern zu suchen.

## Förderverein für die "Ge-Denk-Zellen"



Die Notwendigkeit der Gestaltung der Arrestzellen im Alten Rathaus als "Ge-Denk-Zellen" ist zumindest innerhalb der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit unumstritten. (ber

Lüdenscheid. (ber) **Menschen benötigen reale Erinnerungsfiguren, die sie befähigen, Ereignisse über viele Generationen nicht zu vergessen.** Eine solche Erinnerungsfigur könnten die Haftzellen im Keller des Alten Rathauses werden, um Ursachen und Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Lüdenscheid anschaulich und informativ zu dokumentieren.

Der Arbeitskreis Lüdenscheid der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Hagen und Umgebung lud am Samstagnachmittag zu einer Besprechung über die Möglichkeit zur Realisierung der "Ge-Denk-Zellen Altes Rathaus Lüdenscheid" in den "Kleinen Prinzen" ein.

**Letztlich fand der Vorschlag von Hermann Morisse (Grüne), einen Förderverein zu gründen allgemeine Zustimmung.** "Es ist wichtig, verschiedene Gruppen anzusprechen, sonst scheidet die ganze Aktion.", sagte Morisse. Der Verein könnte voraussichtlich im März gegründet werden.

Gerade im Hinblick auf die Ausstellung im Herbst im Foyer des neuen Rathauses, die die Idee für jeden transparent machen soll, sei dies wichtig. Diese Ausstellung soll die Ratsmitglieder überzeugen, einer Realisierung der Gedächtnisstätte zuzustimmen.

Die Diskussionsteilnehmer aus Politik und Gesellschaft waren sich grundsätzlich einig: **Die Stadt braucht authentische Erinnerungspunkte. "Wenn man ein persönliches Schicksal erfahren hat, sieht man es mit anderen Augen", betonte Altbürgermeister Jürgen Dietrich.**

In der Kritik stand hingegen eine Aussage von Hartmut Waldminghaus. Der Vorsitzende des Geschichts- und Heimatvereins hatte sich gegen die Errichtung der "Ge-Denk-Zellen" im Alten Rathaus und für eine Einbindung der Dokumentations- und Gedenkstätte ins Stadtmuseum ausgesprochen (WR berichtete). Teile des Geschichts- und Heimatvereins hielten es für unangebracht, aus Zellen, in denen "Gauner und Trunkenbolde untergebracht wurden und die vermutlich nur in wenigen Fällen als Haftzellen während der NS-Zeit gedient haben", Gedenkstätten zu machen.

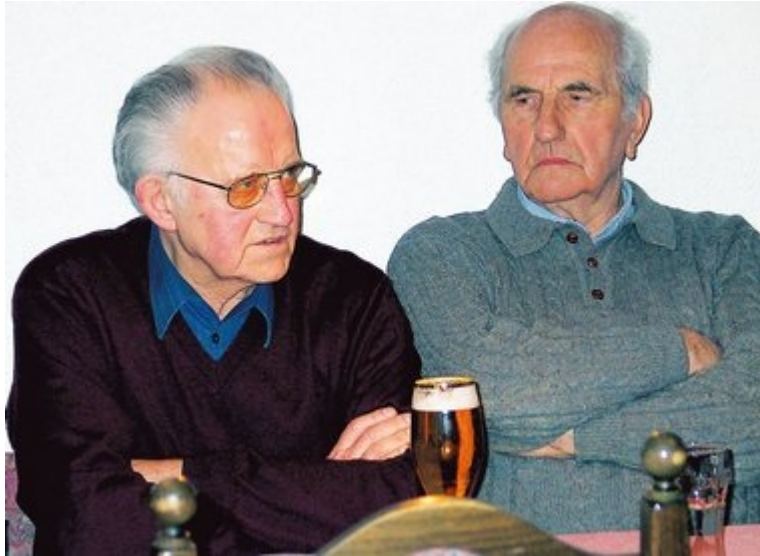
Diese Äußerung stieß am Samstag auf reichlich Unmut. Die Zahl der Gefangenen während der NS-Zeit habe die Zahl der Häftlinge während der Weimarer Republik weit überschritten, so die Gegenseite. Unverständnis äußerte auch Afl-Fraktionschef Peter Oettinghaus, der sich davon überzeugt zeigt, dass die Arrestzellen ein authentischer, historischer Ort sind: "Wir haben nun lange genug informiert. Wenn dann immer noch behauptet wird, was in der Zeitung steht, dann kann mir das nur Leid tun."

"Ich bedauere es sehr, dass dieses Bündnis auseinander lief", erklärte Matthias Wagner von der Friedensgruppe. Schon bei der Veröffentlichung des "Lüdenscheider Gedenkbuchs für die Opfer von Verfolgung und Krieg der Nationalsozialisten" habe sich Waldminghaus geweigert, die Dokumentation herauszugeben. "Man muss für ein solches Vorhaben eine breite Mehrheit haben", betonte Dr. Hans Peter Altrogge. Wenn die Meinungen derer, die die sich dafür einsetzen wollten, auseinander gehen, könne man es auf Eis legen.

Artikel vom 30. Januar 2007 / Lüdenscheider Nachrichten

## Ziel ist eine breite Basis für ein Dokumentationszentrum

**Empörung über Äußerungen von Hartmut Waldminghaus: Unterstützer der "Ge-Denk-Zellen" geben sich kämpferisch und möchten Förderkreis gründen**



Alt-Bürgermeister Jürgen Dietrich (l.) und Richard Öettinghaus gehören zu den Befürwortern der Gedenkstätte im Alten Rathaus. Foto: Görlitzer

Von Bettina Görlitzer

LÜDENSCHIED · Eigentlich sollte es am Samstag vor allem um ein mögliches Konzept für die Realisierung einer Dokumentations- und Gedenkstätte im Alten Rathaus gehen. Dass das unter dem Namen "Ge-Denk-Zellen" diskutierte Projekt derartig unter Beschuss geraten würde, hatten die Organisatoren des Treffens vom Arbeitskreis Lüdenscheid der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit nicht erwartet. So nahm die Diskussion über die Äußerungen von Hartmut Waldminghaus am Samstag im "Kleinen Prinzen" viel Zeit in Anspruch. Der Vorsitzende des Geschichts- und Heimatvereins hatte sich gegenüber den LN dafür ausgesprochen, ein solches Dokumentations- und Gedenkzentrum lieber in den Museen als im Alten Rathaus anzusiedeln, aber gleichzeitig darauf verwiesen, dass es im Vorstand andere Positionen gibt.

Besondere Empörung rief die Äußerung von Waldminghaus hervor, in den Zellen seien vor allem Gauner- und Trunkenbolde und wenige NS-verfolgte untergebracht gewesen. Richard Oettinghaus berichtete davon, wie er als Kind beobachtet hat, wie Menschen vom Alten Rathaus abtransportiert wurden. Auch Alt-Bürgermeister Jürgen Dietrich sprach sich für eine Gedenkstätte im Alten Rathaus aus und berichtete von eindrucksvollen Begegnungen mit Zeitzeugen.

Zu den Teilnehmern der Gesprächsrunde zählten neben Mitgliedern des Arbeitskreises unter anderem Angehörige der Friedensgruppe, der AfL und Hermann Morisse von Bündnis 90/Die Grünen. Die Moderation der Diskussion übernahm Jurist Dr. Hans-Peter Altrogge. Zuvor hatte Matthias Wagner anhand zahlreicher Bilder, die in ein Dokumentationszentrum einfließen könnten, an den NS-Terror in Lüdenscheid erinnert und nannte Beispiele von anderen Gedenkstätten an "authentischen" Orten.

Aufgeben möchten die fast 20 Teilnehmer an dem Treffen die Idee einer Gedenkstätte in den Zellen im Alten Rathaus nicht. Im Gegenteil: Allgemeinen Zuspruch fand der Vorschlag, einen Förderkreis zu gründen, und damit einen Grundstein für die Finanzierung zu legen. Außerdem möchten die Beteiligten für den Herbst eine Ausstellung über ein Konzept für die "Ge-Denk-Zellen" realisieren. Einig waren sich alle darin, dass solche Aktionen auf eine möglichst breite gesellschaftliche Basis mit Parteien, Institutionen und Gruppen gestellt werden müsse, um nicht in eine bestimmte politische Ecke gedrängt zu werden. Ein nächstes Treffen wird es im März geben.